



Kommentar

23.03.2022

EU verschiebt wichtige Gesetzesvorschläge zum Green Deal

Die EU-Kommission hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, aufgrund des Ukraine-Kriegs und der wirtschaftlichen Folgen geplante Gesetzesvorschläge zum Green Deal, u.a. zur Farm-to-Fork-Strategie, bis auf Weiteres zu verschieben. Dazu kommentiert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes:

„Wir kritisieren die Beschlüsse der EU-Kommission scharf und ermuntern Bundesminister Özdemir, den bereits von ihm skizzierten Weg der Transformation der Landwirtschaft national und auf EU-Ebene fortzusetzen. Es ist tragisch, dass die EU-Kommission in der derzeitigen Lage wieder zurück in die alte Agrarpolitik zu verfallen droht, obwohl wir dringend das Ernährungssystem ändern müssen, um die gewollte Ernährungssicherheit auch weiterhin gewährleisten zu können.“

Auch in Deutschland wird der Krieg in der Ukraine derzeit instrumentalisiert, um Fortschritte hin zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr Tierschutz in der Landwirtschaft auszusetzen oder gar zurückzudrehen: Die AfD bemüht eine Debatte im Deutschen Bundestag, um die keinesfalls gefährdete Ernährungssicherheit Deutschlands wiederherzustellen, der Deutsche Bauernverband sieht die deutsche Landwirtschaft überfordert. Dabei zeigen die Kriegsfolgen doch gerade, dass das Prinzip der Weltmarktorientierung und des „Wachsen oder Weichen“ extrem krisenanfällig ist und dringend in eine nachhaltige und regionale Landwirtschaft zu überführen ist.

Die letzten Jahrzehnte hatten neben massiven Umweltschädigungen auch unermessliches Tierleid in den Ställen zur Folge. Für die Ernährungssicherung und für die Rettung der planetarischen Grenzen brauchen wir mehr denn je Regionalität verbunden mit Umwelt- und Tierschutz, brauchen wir eine Reduzierung von Konsum und Produktion tierischer Produkte. Knapp 60 Prozent des in Deutschland geernteten Getreides wird für Tierfutter verwendet und nicht für die menschliche Ernährung. Hier eine Kehrtwende zu schaffen wäre die richtige Lehre aus dem Putin'schen Krieg, wäre ein aktiver Beitrag gegen Hungersnot und für den Erhalt unseres Planeten.“

Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung

In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

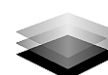
E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88370501980000040444
BIC:
COLS DE 33



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft